

DIE ARBEIT HAT PRIORITÄT

Italien befindet sich in der schwersten Krise der Nachkriegszeit: Der Industrie- und der Dienstleistungssektor durchlaufen einen drastischen Reduzierungsprozess. Die Arbeit wird weniger, Arbeitsplätze werden abgebaut, die Arbeitslosigkeit steigt, vor allem jene bei Frauen und Jugendlichen, die prekäre Beschäftigung nimmt zu, im Sozialbereich werden Leistungen und Dienste abgebaut und es ist schwierig, zuversichtlich in die Zukunft zu sehen.

Wichtige Unternehmen, die die italienische Wirtschaftsgeschichte mitgeschrieben haben, schließen oder reduzieren ihre Produktion auf ein Minimum oder verlassen gar Italien. Andere, vor allem klein- und mittelständische Betriebe, riskieren aufgrund der Wirtschaftskrise völlig zu verschwinden. In Italien gibt es auch Unternehmen, die dynamische Fähigkeiten beweisen, die in Innovation und Technik investiert haben und die sich auf den internationalen Märkten behaupten können. Dies bestätigt, dass das Land eine Industriepolitik braucht, die eben auf diese Investitionen in Innovation und Technik baut und die in der Lage ist, Sektoren zu finden, die unterstützt werden, auch durch öffentliche Gelder. Dabei müssen der Schutz der Umwelt, die Energiebilanz und die Schaffung neuer qualifizierter Arbeitsplätze für Frauen und Jugendliche als Kriterien gelten.

Die Regierung Monti hat keine Maßnahmen in diese Richtung gesetzt, ebenso wenig zur Überwindung der Krise und der Förderung des Wirtschaftsaufschwungs.

Im Arbeitsmarktbereich wurde kein einziges Ergebnis erreicht, das sich positiv auf die Beschäftigung auswirken könnte. Die jüngsten Maßnahmen im Steuerbereich berücksichtigen das Grundbedürfnis einer Verringerung des Steuerdrucks auf lohnabhängige Beschäftigung und Renten nicht, im Gegenteil, die niederen Einkommen werden ein weiteres Mal benachteiligt.

Die CGIL fordert

- Eine Industriepolitik, die künftig Innovation in der Industrie und bei Dienstleistungen garantiert und entsprechende Investitionen in diesen Bereichen fördert.
- Eine Steuerentlastung des 13. Monatsgehalts zur Unterstützung der Familien.
- Die Verlängerung der Gültigkeit des derzeitigen Systems zur sozialen Abfederung um mindestens ein Jahr.
- Die Neufinanzierung der außerordentlichen Maßnahmen zur sozialen Abfederung mit besonderem Augenmerk auf die Situation der prekär Beschäftigten.
- Eine strukturelle Lösung des Problems der sog. "esodati" und ein gerechtes Rentensystem für Personen, die im öffentlichen oder privaten Bereich aufgrund der Krise ihren Arbeitsplatz verlieren.
- Außerordentliche Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen.
- Eine Lockerung des Stabilitätspakts, um den Gemeinden zu ermöglichen, finanzierbare Infrastrukturen zu realisieren.

Die „Agenda“ der Regierung Monti muss geändert werden.

DER ABBAU VON ARBEITSPLÄTZEN IST KEIN MITTEL GEGEN DIE KRISE!

Die Stimme der Arbeiter, der Forscher, der Frauen, der Jugendlichen, der prekär Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verlieren oder keine Stelle

Samstag, 20. Oktober 2012 **NATIONALE KUNDGEBUNG IN ROM**
Piazza San Giovanni von 10.30 bis 17.30 Uhr

Abschlussrede von

Susanna Camusso

Generalsekretärin der CGIL

CGIL



AGB